





Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Rossmann fordert: Die kommunalen Finanzbeziehungen im Kreis klar neu regeln!

Eine Entlastung von 2,5 Milliarden Euro hat der Bund den Kommunen in Deutschland im Zuge der Arbeitsmarktreform ab 2005 zugesagt. Über zwei Revisionstermine im Frühjahr und im Herbst 2005 soll sichergestellt sein, dass diese Entlastung von 2,5 Milliarden Euro auch wirklich erreicht wird. Auch auf Landesebene sind jetzt die entsprechenden Vorbereitungen getroffen worden, dass die Kommunen die zugesagte Entlastung tatsächlich erfahren. Wie der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann mitteilte, hat Finanzminister Ralf Stegner jetzt in einem Brief an die kommunalen Spitzenverbände mitgeteilt, dass die vom Bund zugesagte quotale Beteiligung an den Unterbringungskosten in Höhe von rund 120 Millionen Euro in Schleswig-Holstein voll an die Kommunen weitergeleitet wird. Auch die 26,85 Millionen Euro, die das Land als Netto-Entlastung aus Hartz IV erfährt, sollen nach dem Willen des Landesregierung komplett an die Kommunen weitergereicht werden. Rossmann: "Damit steht das Land voll zu seinem Versprechen, dass es sich an den Einsparungen durch Hartz IV nicht auf Kosten der Kommunen in Schleswig-Holstein bereichern will und wird. In diesem gleichen Geist müssen jetzt auch die Finanzbeziehungen zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Kommunen neu geordnet werden."

Als Instrument der ersten Wahl sieht der Bundestagsabgeordnete hier die Kreisumlage. Rossmann: "Bei Hartz ist das Ergebnis, dass

der Kreis deutlich erhöhte Aufwendungen hat, während die kreisangehörigen Kommunen massiv entlastet werden. Dieses muss jetzt möglichst unbürokratisch und einfach durch das effektivste Instrument, das den Kreisen zur Verfügung steht, ausgeglichen werden.“ Der Bundestagsabgeordnete hat hierbei kein Verständnis dafür, dass viele Landräte und CDU-Mehrheiten in den Kreistagen jetzt offensichtlich eine “Hängepartie” bis nach den Landtagswahlen beginnen wollen und eine zentrale Lösung vom Land erwarten. Rossmann: “Die Finanzbeziehungen zwischen dem Kreis und seinen kreisangehörigen Kommunen muss die kommunale Familie jetzt schon selber regeln, und zwar so, dass endlich auch die Entlastung bei den Kommunen voll ankommt, die bisher durch besonders hohe Sozialhilfeaufwendungen wegen Arbeitslosigkeit belastet waren.”

Einen scharfen Angriff richtet der Bundestagsabgeordnete in diesem Zusammenhang gegen den Kreis Pinneberger Landrat Dr. Grimme. Rossmann: “Noch im Sommer hat der Landrat über Monate so getan, als ob es keine Gesamtentlastung für die Kommunen geben würde. Stattdessen hat er ständig nur das angebliche Finanzdesaster beim Kreis Pinneberg durch Hartz IV beschworen. Herr Dr. Grimme steht jetzt in der Pflicht, endlich seinen Vorschlag für den finanziellen Ausgleich zwischen dem Kreis Pinneberg und den kreisangehörigen Kommunen auf den Tisch zu legen. “ Für den Bundestagsabgeordneten ist es dabei keine Frage, dass eine Erhöhung der Kreisumlage dabei der einzig gerechte und unbürokratische Weg ist. Rossmann: “Ich bin gespannt, ob der Landrat hier Rückgrat zeigt.”